



**Gewerkschaft der
PflichtschullehrerInnen**

Bahnhofstraße 44/III, 9020 Klagenfurt
Telefon: 050 534 - 10802
Fax: 050 536 - 16190
E-Mail: aps.personalvertretung@bildung-ktn.gv.at
<http://ktn.goed.at>

**Zentralausschuss für APS
in Kärnten**

Völkermarkter Ring 29, 9020 Klagenfurt
Telefon: 050 534 - 10802
Fax: 050 536 - 16190
E-Mail: aps.personalvertretung@bildung-ktn.gv.at
www.za.ksn.at



Herrn
Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser
Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt, 23. Nov. 2021

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser!
Sehr geehrter Herr Bildungsreferent!
Sehr geehrter Herr Präsident der Bildungsdirektion Kärnten!

In einer gestern (22.11., 19:00 – 20:30) stattgefundenen Online-Konferenz aller Vorsitzenden (Personalvertretung, Gewerkschaft und SLÖ, APS Bereich) wurde die aktuelle Lockdown-Situation an den Schulen diskutiert und folgende zentrale Punkte festgehalten:

Die Personalvertretung der PflichtschullehrerInnen und die GÖD-APS bekennen sich grundsätzlich zu offenen Schulen, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen:

Ein größtmöglicher Gesundheitsschutz aller, die an der Schule anwesend sind, muss gewährleistet sein. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass wir ein **höchstes Maß an Vorsicht fordern**.

Wir sagen „Ja“ zu offenen und **sicheren** Schulen, wenn es epidemiologisch vertretbar ist und dadurch unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird, weil ein hochwertiger Unterricht und der soziale Lebensraum Schule für unsere Schülerinnen und Schüler unabdingbar sind.

Kinder und Jugendliche gehören zwar nicht zu der am meisten gefährdeten Altersgruppe, sind aber aufgrund der sozialen Kontaktfreudigkeit ganz intensive Überträger des Krankheitserregers. Daher ist es unbedingt notwendig soziale Kontakte zu minimieren.

Derzeit haben wir an vielen Standorten das Problem, dass der stundenplanmäßige Unterricht aufgrund von Personalausfällen nicht mehr durchgeführt werden kann. Eine Zusammenlegung von Klassen bzw. eine Beaufsichtigung mehrerer Klassen durch eine Lehrperson sind die Folge, die auch aus epidemiologischer Sicht höchst bedenklich ist. Die Kollegenschaft ist hier in höchstem Maße gefordert, eine Nachbesetzung ist laut Bildungsdirektion nicht möglich. Unter diesen Umständen auch noch eine Ausstattung mit Lernpaketen (für zum Teil an unterschiedlichen einzelnen Tagen abgemeldete

Schüler*innen) zu bewerkstelligen ist nahezu unmöglich. Die Entscheidungsmöglichkeit über eine sofortige Umstellung auf Distance Learning einzelner Klassen oder eines ganzen Standortes muss auf Schulebene erfolgen können.

Noch immer funktionieren die Testungen nicht wie notwendig. Langes Warten auf PCR-Testergebnisse sowie die Verbreitung der Infektion durch zu spät erkannte positive Schüler*innen in den Klassen ist die Folge. Da nicht zu erwarten ist, dass es innerhalb weniger Tage zu einer deutlichen Verbesserung dieses Umstandes kommt, schlagen wir tägliche Antigentests vor und verbunden damit eine rasche und unbürokratische Absonderung positiv getesteter Schüler*innen. Da viele Lehrer*innen auch Eltern sind resultieren daraus Betreuungsprobleme der eigenen Kinder. Die Möglichkeit einer „Sonderbetreuungszeit“ würde massiv zur Entlastung beitragen.

Der Unmut in der Kollegenschaft ist enorm, weil es spürbar ist, dass der aktuelle Lockdown nicht mehr eingehalten wird, sogar Handel und andere Dienstleister ihre Angebote so umgestellt haben, dass zwar ein Betreten der Geschäftslokale nicht erfolgt, die Bediensteten aber ihre Arbeitsstätten aufsuchen. Die Folge sind volle Klassen. Die Empfehlungen der Politik die Schüler*innen nach Möglichkeit daheim zu lassen bleiben ungehört. Unter den vorhin geschilderten Umständen kann und wird der Lockdown niemals die erhoffte Wirkung haben. Wir wollen nicht in zwei Wochen feststellen müssen, dass die Entscheidung, die Schulen offen zu halten sich als fataler Fehler herausstellt und die Lehrer*innen täglich selbst einer großen Gefahr ausgesetzt sind und offene Schulen auch zum weiteren Ansteigen der Infektionszahlen beitragen.

Aus diesem Grund fordern die Personalvertretung und die Gewerkschaft der Pflichtschullehrer*innen Schulen zu schließen, wenn nach einem Beobachtungszeitraum von 10 Tagen bis zum 30.11. keine Senkung der Inzidenzwerte zu erkennen ist und die Anzahl der erkrankten Lehrer*innen und Schüler*innen weiter steigt.

Wir ersuchen, unsere Überlegungen und Vorschläge in Gesprächen mit der Bundesregierung und mit dem BMBWF einzubringen.

Mit kollegialen Grüßen



LAbg. Stefan Sandrieser
Vorsitzender des ZA
Vorsitzender der LL10